

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
CDU-Fraktion
SPD-Fraktion
Fraktion DIE LINKE
FDP-Fraktion
Volt-Fraktion

An den
Vorsitzenden des Ausschusses für Soziales, Seniorinnen und Senioren
Herrn Daniel Bauer-Dahm

Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 13.01.2022

AN/0092/2022

Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren	13.01.2022

Änderungsantrag zu TOP 3.1 „Energiearmut verhindern! Schutzbedürftige Verbrauchende unterstützen! (AN/2277/2021 und AN/2443/2021)

Sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender,
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die antragstellenden Fraktionen bitten Sie, folgenden Änderungsantrag zu TOP 3.1 „Energiearmut verhindern! Schutzbedürftige Verbrauchende unterstützen!“ (AN/2277/2021 und AN/2443/2021) auf die Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Seniorinnen und Senioren am 13.01.2022 zu setzen.

Beschluss:

Der vorliegende Antrag und der Änderungsantrag werden durch den folgenden Änderungsantrag ersetzt:

Der Sozialausschuss bittet die Verwaltung folgende Punkte in enger Zusammenarbeit mit der RheinEnergie und dem JobCenter umzusetzen:

1. Aussetzen der Strom- und Gassperren ab dem Winter 2021/2022 in begründeten sozialen Härtefällen.
2. Aufklärung der Bevölkerung über die Möglichkeiten, Strom- und Gassperren zu verhindern und finanzielle Unterstützung in Härtefällen zu erhalten, einschließlich der Benennung von Anlaufstellen beim Sozialamt, dem Job-Center, bei den Stromversorgern, den Verbraucherberatungsstellen, den Beratungsstellen der Freien Wohlfahrtspflege und dem Mieterverein.

Die Verwaltung prüft weiterhin, ob kürzlich entfallene diesbezügliche Angebote (z.B. bei der Verbraucherzentrale) mit städtischer Hilfe wieder aufgenommen werden können.

3. Die Übernahme von Stromschulden oder Umwandlung in Ratenzahlung bei ALG II-, Grundsicherungs- und Asylbewerberleistungsbezieher*innen wird im Bedarfsfall sichergestellt.
4. Schnellstmögliche - bereits von der Verwaltung angekündigte - Anhebung der Nichtprüfungsgrenze (NPG) für Heizkosten bei SGB II- und SGB XII-Bezieher*innen entsprechend den gestiegenen Energiekosten und jährliche Überprüfung dieser Grenze.
5. Wiederbelebung eines Runden Tisches Vermeidung von Strom-, Gas- und Wassersperrungen (ehem. Runder Tisch für Energiearmut) durch die Stadt Köln, in Zusammenarbeit mit der RheinEnergie und dem JobCenter.
6. Die Verwaltung wird gebeten, gemeinsam mit der RheinEnergie zu prüfen, inwieweit eine langfristige Absicherung eines präventiven Angebotes zur Verhinderung von Strom-, Gas,- und Wassersperrungen durch ein zusätzliches erweitertes Angebot, wie z.B. Stromsparcheck, erfolgen kann.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

Gez.
Lino Hammer
Grüne-
Fraktionsgeschäftsführer

Gez.
Niklas Kienitz
CDU-
Fraktionsgeschäftsführer

Gez.
Mike Homann
SPD-
Fraktionsgeschäftsführer

Gez.
Michael Weisenstein
LINKE-
Fraktionsgeschäftsführer

Gez.
Ulrich Breite
FDP-
Fraktionsgeschäftsführer

Gez.
Lucas Sickmüller
Volt-
Fraktionsgeschäftsführer